

# Grundsatz- und Positionspapier

des Landesverbandes Thüringen  
Wirtschaftsrat der CDU e. V.

für den  
**Freistaat Thüringen**

Entwickelt aus den Ergebnissen der Sitzungen der Landesfachkommissionen

- Wirtschaft und Innovation
- Gesundheitswirtschaft
- Steuern, Haushalt und Finanzen
- Energiepolitik
- Personal, Gesellschaft und Soziales

und von

- Landesvorstand
- Junger Wirtschaftsrat
- den Sektionsvorständen
- ehrenamtlich tätigen Mitgliedern

v.i.S.d.P. sowie Kontakt:

Andreas Elm von Liebschwitz

Landesgeschäftsführer Thüringen des Wirtschaftsrates der CDU e. V.

Telefon: 0361 / 566 14-88

Telefax: 0361 / 566 14-90

E-Mail: [a.elmvonliebschwitz@wirtschaftsrat.de](mailto:a.elmvonliebschwitz@wirtschaftsrat.de)

## Einleitung

„Wie wichtig die Soziale Marktwirtschaft für unseren Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, haben die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die anschließende rasante Erholung der Bundesrepublik erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Deutschland wurde und wird um seine erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sein System der verantwortungsvollen Sozialpartnerschaft sowie um seine gesunde, breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur mit starken Familienunternehmen und einem leistungsfähigen Mittelstand beneidet. Umso mehr beunruhigt den Wirtschaftsrat, dass immer häufiger grundlegende Prinzipien des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt werden. Staatlicher Dirigismus, neue Pläne zu Steuer- und Abgabenerhöhungen, die vor allem die Investitionskraft der mittelständischen Wirtschaft belasten würden, der Ausschluss des marktwirtschaftlichen Haftungsprinzips oder der Weg in immer neue Staatsschulden, führen gefährlich in die Irre. Zudem bekommen wir in Deutschland eine andere Diskussion: Höhere Staatsquoten bei ggf. konstanter Verschuldung durch signifikante Erhöhung von Steuern, Abgaben und Umverteilung.

Gleichzeitig trägt auch das Fehlverhalten von – wenn auch kleinen, so doch prominenten – Teilen der Wirtschaftselite und der Politik zum dramatischen Vertrauensverlust unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bei. Ebenso fehlen ordnungspolitische Leitplanken, deren Fehlen die Ursache für viele Probleme in der Gesellschaft ist. Nicht einmal mehr die Hälfte der Gesellschaft hält diese für gerecht. Markt, Wettbewerb und Unternehmertum werden immer mehr zum Feindbild erklärt. Um aber die großen Herausforderungen unserer Zeit – die EU-Schulden- und Vertrauenskrise, die Energiewende, den demographischen Wandel – bewältigen zu können, brauchen wir einen verlässlichen Kompass. Der Wirtschaftsrat ist fest davon überzeugt, dass das von Ludwig Erhard begründete Modell der Sozialen Marktwirtschaft sowohl dem Finanzkapitalismus angelsächsischer als auch dem Staatskapitalismus östlicher Prägung überlegen ist, ebenso dem Sozialismus wie der Niedergang der DDR und der Sowjetunion und die aktuelle Lage in Cuba oder Nordkorea zeigt. Es hat sich über Jahrzehnte und gerade auch in Krisenzeiten immer wieder bewährt. Damit dies so bleibt, müssen sich die Soziale Marktwirtschaft und deren Repräsentanten in Wirtschaft und Politik offen für eine ständige Überprüfung, Erneuerung und Anpassung an neue Herausforderungen zeigen. Der Wirtschaftsrat warnt davor, die tragenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Blick zu verlieren. Sie sind der Garant für Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand.“<sup>1</sup> Sie ist die Säule der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie eines aufgeklärten, freiheitlichen und selbstbestimmten Menschenbildes in gesellschaftlicher Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund gibt es auch im Freistaat Thüringen Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen, die ein Zusammenwirken demokratischer Kräfte erfordert. Alle in der Gesellschaft Engagierten müssen sich bei den Entscheidungen, die von ihren Repräsentanten gefordert oder getroffen werden, immer wieder vergegenwärtigen, dass der erreichte Lebensstandard in Thüringen, der Freistaat mit seiner Verwaltung, sozialen Absicherung, Bildung, Kultur, ja in fast allen Bereichen des Lebens, unmittelbar vom Faktor Wertschöpfung abhängt. Ohne Unternehmerinnen und Unternehmer, Selbstständige, Freiberufler und ohne die vielen arbeitenden Menschen des Freistaats Thüringen keine Wertschöpfung fehlen die allgemeinen Grundlagen eines funktionierenden Gemeinwissens und Staates. Die gesamte Gesellschaft in der von uns gelebten Form der sozialen Marktwirtschaft hängt direkt proportional an der Wertschöpfung. Die Summe aller Wertschöpfungen bestimmt den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft. Diese müssen darüber hinaus, erst recht im Zeitalter der Globalisierung, wettbewerbsfähig sein.

---

<sup>1</sup> Broschüre: Soziale Marktwirtschaft in Gefahr - Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken! ; Wirtschaftsrat der CDU e.V., Berlin 2013

„Eine gute Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Infrastrukturpolitik, im Interesse der Menschen, ist vor allem zuerst eine solide Wirtschaftspolitik“<sup>2</sup>, aus welcher die Finanzierung ersterer abzuleiten ist. Dabei muss immer wieder zwischen Freiheit des Individuums und staatlichen Strukturen abgewogen werden. Der Staat als einzige gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnungsstruktur, wie im Sozialismus, entspricht nicht den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und zerstört die Grundlagen von Freiheit und von Wohlstand.

Ohne eine breit aufgestellte, gesunde, solide, innovative und zukunftssichere, damit arbeitsplatzsichernde Wirtschaft in Thüringen, ist eine funktionierende Gesellschaft nicht denkbar. Das System der Wertschöpfung und das dadurch auf Seiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder auch durch Investitionen und Kapitaleinsatz erwirtschaftete Steueraufkommen stellt die unverzichtbare Basis für das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft dar.

Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und damit Eigenverantwortung und nicht an erster Stelle vermeintliche Verteilungsgerechtigkeit mit Entmündigung des Bürgers müssen hierfür die Voraussetzungen bilden.

Es ist stets nach dem Grundsatz: „Erst erwirtschaften, dann einnehmen und zuletzt ausgeben!“ zu handeln.

## **Thüringen – das Land der Unternehmer**

Unter diesem Überbegriff lassen sich einige wesentliche Punkte und Herausforderungen subsumieren, die durch den Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrates der CDU e.V. wie folgt artikuliert werden:

### **Unternehmen und Unternehmer schaffen Arbeitsplätze und somit Wohlstand.**

1. Der Freistaat muss als unternehmens- und gründungsfreundliches Land wahrgenommen werden. Die Landesregierung muss ein unternehmensfreundliches Image Thüringens weit über die Landesgrenzen hinaus fördern. Dies beginnt schon in den Schulen und setzt sich in den Hochschulen und Universitäten fort.

Dabei ist es Aufgabe, bei aller Autonomie der Hochschulen und der Freiheit von Forschung und Lehre, durch gezielte Aufklärung und Lenkung für eine bedarfsgerechte Ausbildung zu sorgen und die Bedürfnisse der Wirtschaft so weit als möglich zu integrieren, um spätere Einschnitte in Lebensläufe, Studienabbrüche und Doppelausbildungen zu vermeiden. Ebenso sollte die Regierung Hochschulen zu unternehmerischen Ausgründungen animieren.

Vor dem Hintergrund einer sich immer mehr verschärfenden Fachkräftesituation, insbesondere im Facharbeiterbereich, ist die Regelschule als zentrales Instrument von schulischer Bildung in den Focus zu rücken. Die Kompetenzen der Regel- und Berufsschulen sind zu stärken, hin zu mehr Personalverantwortlichkeit, konzeptioneller Eigenverantwortung und Profilierung. Einer engen lebenspraktischen Vernetzung von Schule und Wirtschaft ist höchste Priorität beizumessen.

---

<sup>2</sup> aus der Präsentation: Was ist der Wirtschaftsrat? Andreas Elm von Liebschwitz; Gera April 2012

Inklusion darf sich nicht nur auf die Förderung von Benachteiligten erstrecken, sondern muss gedanklich und lebenspraktisch, das heißt flächendeckend und für jedermann zugänglich, auch die Begabtenförderung schon ab der Grundschule beinhalten. Diese Eliten sind die Leistungsträger, Unternehmer und Spitzensteuerzahler der Zukunft, das Rückgrat der Gesellschaft.

2. In den Verwaltungen muss eine unternehmensfreundliche Kultur und Atmosphäre Einzug halten. Behörden und Verwaltung sind statt Förderer zu oft Verhinderer von Investition und Innovation.

Dazu gehört:

eine radikale Lichtung des Vorschriftenschungels  
eine klare Kompetenzzuweisung  
erheblich kürzere Entscheidungswege

Entscheidungen sind nach der Devise zu fällen:

Es ist alles erlaubt, was per Gesetz nicht verboten ist und nicht:

Es ist alles verboten, was per Gesetz nicht erlaubt ist.

Es ist ebenso erforderlich, dass mehr Fachkompetenz in Entscheidungsgremien verortet wird, bei gleichzeitigem Abbau von juristischen Bedenkenträgern.

3. Die Landesregierung schafft die Rahmenbedingungen für eine intelligente Vernetzung der vorhandenen Infrastruktur zur Stärkung bestehender, regionaler Wirtschaftsräume, unter Berücksichtigung der in der Fläche breit gefächerten Unternehmenslandschaft Thüringens. Die Landesregierung ist aufgefordert, private- /unternehmerische Initiativen für die infrastrukturelle Stärkung des Standortes Thüringen administrativ zu unterstützen.

Die Mobilität der Menschen und die Lage Thüringens in der Mitte Deutschlands erfordern eine moderne, sachdienliche infrastrukturelle Vernetzung mit den Nachbarbundesländern. Verkehrsprojekte, Energieprojekte und Wirtschaftsansiedlungen dürfen nicht an Ländergrenzen scheitern. Daher sind die Anstrengungen zu bündeln zum Beispiel für den weiteren Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung und den gemeinsamen Ausbau Leipzigs als internationales Flugverkehrsdrehkreuz. Welchen Sinn macht die in Kürze erfolgende Anbindung des ICE-Knotens Erfurt an den Flughafen Leipzig ohne bedarfsgerechten Linienverkehr? Die sich aufdrängenden Synergien sind zu nutzen, um den Thüringer und mitteldeutschen Unternehmen das Tor zur Welt zu öffnen und umgekehrt, die Welt nach Thüringen zu bringen.

4. Die Geschichte hat es eindrucksvoll bewiesen, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Re-Kommunalisierungen unter dem Deckmantel der Daseinsfürsorge zur Aufbesserung klammer öffentlicher Haushalte sind strikt abzulehnen. Öffentlich gehaltene Betriebe und Immobiliengesellschaften sind da, wo ein Wettbewerb möglich ist, zu privatisieren.
5. Sachfremde Kriterien sind aus dem Thüringer Vergabegesetz zu entfernen. Es ist nicht das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot zu berücksichtigen. Ausschreibungsverfahren müssen hinreichend bestimmt und bestimmbar sein, so dass Nachtragsangebotsabgaben minimiert werden.

6. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich Innovation und Leistung sowie Risiko und Verantwortung wieder lohnen müssen. Dies muss Konsequenzen für das Steuer- und Sozialsystem und dessen Regulierung haben.

Jedweden Plänen von direkten oder indirekten Steuererhöhungen ist eine klare Absage zu erteilen.

Das Wirtschaftswunder Deutschland unter Ludwig Erhard hatte seine Wurzeln vor allem in einer engen Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft. Diese ist in Thüringen dringlich zu intensivieren. Sacherwägungen dürfen nicht ideologischen Interessen oder parteipolitischen Absprachen untergeordnet werden. Der Wirtschaftsstandort Thüringen und dessen weitere positive Entwicklung ist keine politische Verhandlungsmasse. Dies gefährdet den Wohlstand aller!

## Themenfeld Gesundheitswirtschaft

In Thüringen leben ca. 2,2 Mio. Einwohner, im Jahr 2020 werden es rund 2 Mio. Bewohnern sein, tendenziell weiter sinkend. Der Anteil der über **65-Jährigen wird um ca. 5 %** steigen. Es ist absehbar, dass der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen zunehmen wird.

Hierbei muss sich jede Thüringer Landesregierung Fragen stellen wie:

- Wer leistet die Versorgung?
- Wo wird sie erbracht?
- Welche Leistungen werden benötigt?
- Welche Qualifizierung benötigen die Fachkräfte hierfür?
- Erfolgen notwendige Strukturanpassungen?

Unter dem Überbegriff Gesundheitswirtschaft in Thüringen lassen sich einige wesentliche Punkte und Herausforderungen subsumieren, die durch den Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrates der CDU e. V. wie folgt artikuliert werden:

1. "Der Bedarf an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen wird zunehmen".
  - Eine starke Arbeitswelt in einem innovativen und wirtschaftlich starken Bundesland wie Thüringen setzt Prävention und Aufklärung in der Gesundheit unabdingbar voraus. Dies ist nicht nur Aufgabe der Krankenkassen, sondern gleichermaßen auch der Gesundheitspolitik incl. seiner in diesem Bereich angesiedelten Unternehmen.
  - Thüringen hat einen starken Mittelstand, der gefördert werden muss. Neben sinkenden Einwohnerzahlen ist ein Anstieg des Alters im Rahmen des demographischen Wandels zu beobachten.
  - Ein damit verbundener Fachkräftemangel ist problematisch, ihm ist vorrangig entgegen zu wirken! In den Pflegeberufen ist er bereits schon jetzt vorhanden und wird sich weiter dramatisieren. Arbeitsanreize durch Bürokratieabbau und mehrschichtige Arbeitszeitmodelle sind anzubieten. Die Aufwertung der Pflegeberufe ist unabdingbar, damit mindestens ein Gleichgewicht zu anderen Branchen erreicht werden kann. Bessere Lobbyarbeit für Pflegeberufe und Gesundheitswirtschaft kann bereits in der Schule beginnen.

- Förderung des Inklusionsgedankens: Eine wirtschaftliche Stärkung und mögliche Vollbeschäftigung kann durch eine professionelle Integration von Menschen mit Handicap in die Gesellschaft und schulische Bildung gelingen. Durch eine gute und weitere gezielte Förderung sind weitere Arbeitsmarktmodelle möglich.
  - Weiterhin sind die einheimischen Unternehmen der Gesundheitsbranche zu stärken. Ein wichtiger Punkt ist die Auftragsvergabe an Regionalunternehmen bei gleicher Eignung im Rahmen der Marktdurchdringung. Vor dem Hintergrund der Steuergesetzgebung wird dadurch die Thüringer Gesundheitswirtschaft gestärkt.
  - Eine Wettbewerbsbeschränkung darf es nur bei klaren Alleinstellungsmerkmalen innerhalb einer medizinischen Indikationsstellung geben.
  - Förderung moderner Wohnformen: Neue Wohnformen sind aus Sicht der Gesundheitswirtschaft vom Land zu genehmigen.
  - Die Ansiedlung weiterer Unternehmen der Gesundheitswirtschaft ist durch gute infrastrukturelle Voraussetzungen in Thüringen zu fördern.
2. Ebenso muss man sich an verantwortlicher Stelle schon jetzt damit befassen, wie eine **Umgestaltung der bisherigen Vergütungs- und Honorarsysteme** unter Berücksichtigung von Kooperations- und Delegationsmöglichkeiten aussehen könne. Strukturell muss die **„sektorenüberwindende“ Zusammenarbeit** der Gesundheitsberufe erleichtert und gefördert werden, um eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Versorgung in allen Regionen zu sichern. Hierzu gehört zwingend die **enge Abstimmung zwischen und mit den Ministerien**. Maßstab aller Anstrengungen muss sein, Menschen auch morgen eine sichere Versorgung im Freistaat zu gewährleisten.

Das heißt aber auch ganz klar: **Wettbewerb statt Regulierung**

3. Eine gesundheitspolitische **Strukturpolitik** ist erforderlich (das bisherige System wird nicht mehr finanzierbar sein), gänzlich neue Wege müssen angedacht und beschritten werden. Dies muss eine Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger, z. B. durch Kostenbeteiligungen, Karentage etc. beinhalten.
4. Eine ganzheitliche Infrastruktur- und Qualifizierungsplanung über die zukünftige Sicherstellung der flächendeckenden gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in Thüringen unter **Einbeziehung aller Gesundheitsberufe ist erforderlich**, damit zielgerichtet investiert wird.
5. Eine **Stärkung des Forschungs- und Produktionsstandorts** Thüringen für innovative Gesundheitsprodukte und Technologien durch Schaffen landesspezifischer Rahmenbedingungen und engere Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Das heißt auch Abbau der Regulierung in der Bio-Forschung.
6. Das Vorhandensein einer genügenden Anzahl von stationären Pflegeplätzen in Pflegeheimen und **Wohngruppen** sowie von Pflegekräften mit guter Qualifizierung (Jobmotor Pflege → mehr Jobs als in der „Automotive-Industrie“)

7. Die **Ausrichtung, Ansiedlung, Schaffung von medizinischen Einrichtungen** (Kliniken / Medizinische Versorgungszentren / niedergelassenen Mediziner etc.) ist angesichts der absehbaren Anforderungen durch den **demographischen Effekt** (weniger Junge / mehr Alte / geringere Gesamtbevölkerung oder / Wohnsituation & Erreichbarkeit Stadt / Land) umgehend zu forcieren. Aus Kostengründen sind in Prävention und häuslicher Pflege die Schwerpunkte zu sehen.

## Themenfeld Steuern, Haushalt und Finanzen

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt

- Nachhaltige, geordnete und strukturierte Finanzen sind nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts!

Das gilt sowohl für die Privatwirtschaft als auch den öffentlichen Bereich.

Es müssen Daten erhoben, ausgewertet und Schlussfolgerungen gezogen werden, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema **verdeckte Steuereinnahmen des Staates vs. Quersubventionierung öffentlicher Haushalte durch privatwirtschaftliche Aktivitäten und Beteiligungen** befassen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Überall da, wo ein Markt vorhanden ist oder sich ein Wettbewerb entwickeln kann, ist nach dem Subsidiaritätsprinzip zu verfahren. Es gilt, die Folgen einer gescheiterten Plan-/Staatwirtschaft nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Daneben wird das Thema des **Landeshaushaltes ab dem Jahr 2015** vor dem Hintergrund geringer werdender Haushaltsmittel, sinkender EU-Zuweisungen und den degressiven Zuschüssen aus dem Länder-Finanzausgleich eine wesentliche Rolle spielen.

Zum Thema Steuern, Haushalt und Finanzen in Thüringen lassen sich einige wesentliche Punkte und Herausforderungen subsumieren, die durch den Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrates der CDU e. V. wie folgt artikuliert werden:

1. Aufnahme einer **Schuldenbremse in die Landesverfassung** (im Idealfall mit einer Sanktionsvorschrift, ebenfalls von Verfassungsrang).
2. Umgehende Einführung von **Doppik (kaufmännische Buchführung) in allen öffentlichen Bereichen** und insbesondere auch der Landesverwaltung zur Schaffung von Transparenz als Basis zukünftiger Entscheidungen. Die Doppik muss genutzt werden, um benchmarking zwischen jeweils den Gemeinden, anderen Gebietskörperschaften und auch den Bundesländern zu ermöglichen; best practice Beispiele sind als Vorbilder für Thüringen auszuwerten.
3. Schaffung von **„e-Government-Lösungen“** und Angeboten in allen Kreis- und Landesverwaltungen.
4. Aufstellung eines Kriterienkataloges für die Erstellung einer **Prioritätenliste** für die **Verwendung der Haushaltsmittel** ab dem Haushaltsjahr 2015 als Diskussionsgrundlage für zukünftige Entscheidungen.

5. Umgehende Forcierung der **Verwaltungsstrukturreform** bei Abbau von 11.000 Landesbediensteten bis zum Jahre 2020 als Minimalziel und als Voraussetzung für eine **Gebietsreform** auf Gemeinde- und Landkreisebene.
6. Dort, wo der Staat als Unternehmer tätig ist, sind das Management, der Vorstand oder die Geschäftsführung zu professionalisieren.
7. Schaffung eines Anreizes zur vermehrten Nutzung der bereits bestehenden Instrumente zur Vermeidung des sog. „Dezemberfiebers“ (z.B. angemessene Nutzung der Übertragbarkeit von Haushaltsansätzen ins Folgejahr).
8. Offenlegung von „Schattenhaushalten“ wie zum Beispiel die Kostenbelastungen durch ppp-Modelle (privat-public-partnership) oder die Verschiebung von Aufgaben in landeseigene Gesellschaften in privater Rechtsform und Vermeidung des Missbrauchs solcher Instrumente zur Verschleierung der Haushaltslage.

## Themenfeld Energiepolitik

Ein Thema, das nicht nur Unternehmer sondern auch Bürger gleichermaßen bewegt und betrifft, ist die Energiepolitik und im Besonderen die Energiewende. Dieses hochemotionale diskutierte Thema gilt es, **frei von ideologischen Überfrachtungen und politischer Polemik** zu bearbeiten, zum Teil schwierige technische Sachverhalte verständlich darzustellen und sich auf wesentliche Kernaussagen zu konzentrieren.

Die Energiewende ist unbestritten eine der größten Herausforderungen unseres Landes. Bereiche wie Trassenausbau sowie Auf- und Ausbau von Speicherkapazitäten betreffen Thüringen jedoch in besonderem Maße. Der Wirtschaftsrat begleitet daher aktiv die politischen Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, **marktwirtschaftliche Lösungen** herbeizuführen.

In der Mitte Deutschlands und am neuralgischen Punkt für den dringend benötigten Ausbau von Kuppelleitungen von Nord-Ost nach Süd-West gelegen, kommt Thüringen eine Schlüsselrolle zu. Der Netzausbau ist zwingend erforderlich, um die großen Mengen elektrischer Energie von den Windparks zu den stark industrialisierten Regionen und somit zum Verbraucher zu transportieren. Der aktuell noch notwendige Rückgriff auf **Importstrom bei gleichzeitiger Notabschaltung von Windkraftanlagen** stößt zu Recht auf Widerspruch in der Bevölkerung.

Thüringen verfügt mit dem Pumpspeicherkraftwerk Goldisthal schon jetzt über das bundesweit größte dieser Art. Diese derzeit effizienteste Technologie zur Speicherung von Energie ist ein weiterer relevanter Faktor für das Gelingen der Energiewende und sollte, unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Faktoren, ausgebaut werden.

Unter dem Überbegriff Energiepolitik lassen sich wesentliche Punkte und Herausforderungen subsumieren, die durch den Landesverband Thüringen wie folgt artikuliert werden:

1. Wettbewerbsfähige Energiepreise in internationalem Umfeld. Stopp sinnloser Subventionen gemäß EEG → Investition in „Energiesparen“, Speicher und moderne Gas- und Kohlekraftwerke
2. Es wird mehr **Verlässlichkeit** in die politischen Entscheidungen zum Thema Energiepolitik gefordert. Aktionismus und lobbygetriebene Politik schaden dem Standort Thüringen.



3. Ganz dringend ist ein **tragfähiges Konzept** für Thüringen für den Ausstieg bei der Energiegewinnung über Atomkraftwerke im Jahr 2022 erforderlich.
4. Generell darf der schon erreichte **technologische Vorsprung deutscher Unternehmen nicht durch kurzfristige politische Entscheidungen** gefährdet werden.
5. **Insellösungen** dürfen nicht nur theoretisch betrachtet, sondern müssen auch **praktisch getestet** werden.
6. Die Politik wird aufgefordert, auf **Fachleute** zu hören und **Entscheidungen** erst bei verifizierbaren, auf **Grundlagenforschung basierenden Ergebnissen** zu treffen.
7. Innovativen Technologien, wie z. B. die Energiegewinnung aus tiefer Geothermie, ist durch das zuständige Thüringer Ministerium Unterstützung zu gewähren, um Wissens- und Forschungsvorsprung in Marktreife umsetzbar machen zu können. **Wettbewerbsvorsprünge** Thüringer Unternehmen sind aktiv zu unterstützen durch die Ermöglichung des Baus von Versuchskraftwerken. Ideologische Widerstände in der Verwaltung sind zu überwinden.
8. Eine zukünftige **Erzeugerstruktur** ist keine Glaubensfrage nach zentraler oder dezentraler Energieversorgung, sondern sie hängt von der **Verbraucherstruktur** ab.
9. Es muss die grundsätzliche Frage geklärt werden, ob die **Versorgungsstruktur** (dies beinhaltet alle infrastrukturellen Fragen) eine **staatliche oder privatwirtschaftliche Aufgabe** ist. Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, damit private Investitionen erfolgen, die der Staat nicht in der Lage ist zu leisten. Es darf zu keiner bürokratischen Energieplanwirtschaft kommen.
10. Der **Forschung ist freien Lauf** zu lassen und **nicht durch politische Vorgaben** zu lenken. Dies hätte zur Folge, dass politisch gewollte Ergebnisse, aber nicht die technisch besten Lösungen entstehen.

## Themenfeld Personal, Gesellschaft und Soziales

Nach Überwindung der wirtschaftlichen Schwächen des Landes Thüringen in der Nachwendezeit ist das Thema **Personal** inzwischen zu einem **ernsthaften Engpassfaktor** geworden. Thüringen unterscheidet sich darin inzwischen kaum noch von den alten Bundesländern. Auf der einen Seite wird es zunehmend schwerer, geeignete **Fachkräfte im Bereich Technik, Naturwissenschaften und in Pflegeberufen** zu bekommen, und gleichzeitig gibt es eine anhaltende **Sockelarbeitslosigkeit** von (auch jungen) Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Diese Herausforderung wird verstärkt durch den **demographischen Wandel** und die geburtenschwachen Jahrgänge, die, insbesondere auch als ein Teil der Nachwendeproblematik in den neuen Bundesländern, derzeit auf den Arbeitsmarkt kommen.

Erschwerend hinzu kommt die **Abwanderungsproblematik** von gut ausgebildeten jungen Menschen. Dass gerade gut ausgebildete junge Frauen auswandern, wird die demographische Problematik in Thüringen in Zukunft weiter verschärfen.

Unter dem Überbegriff Personal, Gesellschaft und Soziales lassen sich wesentliche Punkte und Herausforderungen subsumieren, die durch den Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrates wie folgt artikuliert werden:

1. Passgenaue Berufswahl durch eine engere Vernetzung von Wirtschaft und Bildungseinrichtungen, um **Ausbildungsabbrüche** und **Abwanderung zu verhindern**
2. Der **Mittelstand als attraktiver Arbeitgeber**, Wandel des Images und Bildes vom Unternehmer, Geld verdienen muss erlaubt sein. Leistungsgerechtigkeit ist der zentrale Unterpunkt von sozialer Gerechtigkeit. Keine „Ausbeutung“ der Fleißigen durch die Faulen.
3. Mehr **Arbeitnehmerüberlassung** für Flexibilität und Wachstum bei Lockerung von Kündigungsschutz. Mehr Liberalisierung des Arbeitsmarktes, wie ursprünglich in der AGENDA 2010 auch vorgesehen.
4. Die Auswirkungen der Einführung des **Mindestlohnes** auf die Sockelarbeitslosigkeit muss beobachtet werden und es muss ggf. eine Korrektur auf Bundesebene angestrebt werden. Ausnahmen vom Mindestlohn für Jugendliche und Langzeitarbeitslose sind zwingend beizubehalten.
5. Mehr Privat statt Staat bei der **Fachkräftevermittlung**.
6. Keine Einführung eines **Bildungsfreistellungsgesetzes** bei zudem ungeklärter Finanzierung des Gesetzes. Eine weitere Belastung Thüringer Unternehmer, deren Mehrzahl (über 95%) weniger als 50 Beschäftigte haben, durch Kompensation zusätzlicher Ausfalltage ist nicht hinnehmbar. Dies trifft auch auf größere Unternehmen zu. Die praktische Unwirksamkeit eines solchen Gesetzes ist in den Bundesländern, wo es eingeführt wurde, hinreichend belegt. **Die Durchsetzung politischen Willens darf nicht zu Lasten von Unternehmen** gehen.
7. Anstrengung bzw. Beibehaltung eines mehrgliedrigen Schulsystems, das eine Förderung aller Begabungen und Talente – also durchaus auch die Förderung von Bildungseliten – ermöglicht vor dem Hintergrund von Chancen – aber auch Leistungsgerechtigkeit.
8. Entwicklung einer Hochschulstrategie, die den Wissenschafts- und Technologiestandort Thüringen absichert und ausbaut und die Kleinteiligkeit der Thüringer Hochschullandschaft durch eine klare Konsolidierungsstrategie adressiert.
9. Bekenntnis zur klassischen Berufsausbildung und damit dem Dualen Bildungssystem da eine Fokussierung auf den Ausbildungsweg mit Abitur und Studium nicht den individuellen Neigungen und Begabungen gerecht wird und nicht geeignet ist, einen hochwertigen Industriestandort auszubauen. Eine "Zwangsakademisierung" führt nicht zu einem allgemein höheren Ausbildungsniveau sondern im Gegenteil zu einer Nivellierung des Bildungsstandards aller Betroffenen auf niedrigem Niveau.

## Schlusswort

Der Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrates der CDU e. V., als parteipolitisch unabhängiger Verband, der die Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder in Thüringen vertritt, fordert alle in gesellschaftlicher Verantwortung stehenden demokratischen Parteien, Verbände, Vereine und Organisationen auf, mit dem Wirtschaftsrat in einen Dialog zu treten zu

den aus hiesiger Sicht, wie vorstehend formuliert, dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen sowie unserer Forderungen.

Dies sind Herausforderungen, die jenseits eines Denkens in Legislaturperioden tatkräftig angegangen werden müssen, um den Wirtschaftsstandort und damit das Land Thüringen attraktiv zu erhalten und weiter aktiv zu gestalten.

Thüringen befindet sich im Wettstreit mit anderen Regionen Deutschlands und Europas. Dieser Wettstreit wird entschieden werden durch Innovation, Kreativität, Mut zum Handeln, Attraktivität des Standortes und der Flexibilität, auf äußere Einflüsse oder veränderte Rahmenbedingungen und Wettbewerbssituationen adäquat reagieren zu können. Garant hierfür bietet eine marktwirtschaftlichen Grundsätzen folgende Wirtschaft, geführt von einer ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werdenden Unternehmerschaft, flankiert von klugen politischen Rahmenbedingungen nach der Devise: So viel wie nötig, so wenig wie möglich!

Diesen Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards sieht sich der Wirtschaftsrat verpflichtet, auch um als ordnungspolitischer Anwalt immer wieder hierfür einzutreten, fußt doch der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands und der Thüringens in den letzten 25 Jahren, auf der derzeit einzig praxisbewährten Gesellschaftsform, die der sozialen Marktwirtschaft.



**Mihajlo Kolakovic**  
Landesvorsitzender Thüringen



**Andreas Elm von Liebschwitz**  
Landesgeschäftsführer Thüringen

Erfurt, 16. Juli 2014